



---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Anlass und Ziel der Planung</b>	<b>1</b>
<b>2. Verfahrensablauf</b>	<b>2</b>
<b>3. Umweltbelange</b>	<b>3</b>
3.1 Berücksichtigung der Umweltbelange	3
3.2 Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.1 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB	5
3.3 Öffentliche Beteiligung gem. §3 Abs.2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.2 BauGB	5
<b>4. Planungsalternativen</b>	<b>6</b>

---

### 1. Anlass und Ziel der Planung

Die Firma CM Energie GmbH & Co. KG, Haidmühle, Altenstadt a. d. Waldnaab beabsichtigt im Gemeindegebiet die Errichtung einer Freiflächen - Photovoltaikanlage für die Nutzung von Sonnenenergie zur Stromerzeugung.

Das entspricht den städtebaulichen Zielen der Gemeinde „Erneuerbare Energien“ im Gemeindegebiet verstärkt zu erschließen und zu nutzen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien trägt wesentlich zum Klimaschutz bei.

Darüber hinaus soll mit dem Ausbau der dezentralen Energieversorgung auch die regionale Wertschöpfung und damit die Entwicklung im ländlichen Raum nachhaltig unterstützt werden.

Die vorgesehene Freiflächenanlage soll im Gemeindegebiet Altenstadt a. d. Waldnaab, südwestlich des Autobahnkreuzes BAB93 – 21b, erfolgen.

Nach geltender Baunutzungsverordnung (BauNVO) sind solche Anlagen in Sonstigen Sondergebieten (§1 Abs.2 Nr.11 und § 11 Abs. 2 BauNVO) zulässig.

Der Vorhabenbezogene Bebauungs- und Erschließungsplan setzt ein solches Sondergebiet für die Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung fest und schafft damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Vorhabens.



## **Zusammenfassende Erklärung**

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Gemeinde Altenstadt a. d. WN wurde im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB geändert und mit dem 15.05.2019 festgestellt.

Somit wurde der Bebauungsplan aus dem geltenden Flächennutzungsplan entwickelt.

Im Zuge des Vorhabenbezogene Bebauungs- und Erschließungsplan wurde darüber hinaus ein Grünordnungsplan mit planlichen und textlichen Festsetzungen sowie zugehöriger Begründung, sowie der Umweltbericht mit Behandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung als Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan erstellt.

Aufgrund von nicht auszuschließenden störenden Lichtreflexionen wurde die Blendwirkung der Photovoltaik-Freiflächenanlage auf die unmittelbar östlich verlaufende Autobahn A93 inklusive Auf- und Abfahrten sowie die Gebäude der Haidmühle in einem Reflexions-/ Lichtgutachten untersucht.

Durch die Firma IFB Eigenschenk GmbH, Deggendorf, wurde hierzu das Blendgutachten Nr. 3190246 als Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan erstellt.

Mit der Bauleitplanung zum Vorhabenbezogene Bebauungs- und Erschließungsplans mit Grünordnung, einschließlich der Ausarbeitung des Umweltberichtes mit Behandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, wurde in 2018 das Ingenieurbüro Fels, Weiden, und das Büro „Rembold Landschaftsarchitekten“, Nabburg, beauftragt.

Mit dem Satzungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan „Solarpark Haidmühle“ und seinem „Inkrafttreten“ soll Baurecht für die Errichtung der Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen werden.

## **2. Verfahrensablauf**

### **Änderungsbeschluss**

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 16.01.2019 die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan „Solarpark Haidmühle“ beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 22.01.2019 ortsüblich bekannt gemacht.

### **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan in



der Fassung vom 16.01.2019 hat in der Zeit vom 30.01.2019 bis 04.03.2019 stattgefunden.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan in der Fassung vom 16.01.2019 hat in der Zeit vom 30.01.2019 bis 04.03.2019 stattgefunden.

### **Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan in der Fassung vom 13.03.2019 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29.03.2019 bis 29.04.2019 öffentlich ausgelegt.

Zu dem Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan in der Fassung vom 13.03.2019 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29.03.2019 bis 29.04.2019 beteiligt.

### **Satzungsbeschluss**

Die Gemeinde Altenstadt a. d. Waldnaab hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 15.05.2019 den Vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplan „Solarpark Haidmühle“ mit Grünordnung, einschließlich Umweltbericht mit Behandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, in der Fassung vom 15.05.2019, als Satzung beschlossen.

### **Ausfertigung**

Der Vorhabenbezogene Bebauungs- und Erschließungsplan „Solarpark Haidmühle“ i. d. F. vom 15.05.2019 wurde daraufhin ausgefertigt.

### **Bekanntmachung und IN-KRAFT-TRETEN**

Der Satzungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans i. d. F. vom 15.05.2019 wurde gem. § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB vom \_\_.\_\_.2019 bis \_\_.\_\_.2019 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Vorhabenbezogene Bebauungs- und Erschließungsplan „Solarpark Haidmühle“ ist damit in Kraft getreten.

## **3. Umweltbelange**

### **3.1 Berücksichtigung der Umweltbelange**

Für die geplante Aufstellung des Bebauungs- und Erschließungsplans wurde gemäß § 1 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB und § 1a BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die



voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht nach der Anlage zum BauGB beschrieben und bewertet werden.

### **Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

Die Umweltauswirkung sind auf Grund der Lage des Vorhabens (im 110 m Korridor entlang der BAB93 auf Acker) sowie den Eigenarten des Vorhabens (Aufstellung von Solarmodulen) durchwegs als gering einzustufen. Lediglich beim Bau der Anlage entstehen durch die Baumaschinen kurzzeitige Emissionen, welche jedoch mit anderen Baumaßnahmen ähnlicher Größenordnung vollumfänglich vergleichbar sind. Kultur- und Sachgüter (wie beispielsweise Bau- oder Bodendenkmäler werden nicht beeinträchtigt. Für Pflanzen, Tiere und deren Lebensräume ergeben sich ebenfalls keine Auswirkungen. Die „temporäre“ Umwandlung über die Laufzeit der Anlage eines Ackers in eine Grünlandfläche ist als positiv zu bewerten. Für das Landschaftsbild, den Menschen (Erholung), den Boden, das Wasser wie auch Grundwasser sowie für das Klima und die Luft sind ebenfalls allenfalls geringe Auswirkungen anzunehmen.

Durch die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung wie auch Minimierung, beispielsweise die günstige Standortwahl sowie einem Bodenabstand von 15 cm der Einfriedung und ein weitestgehender Verzicht auf Versiegelung werden die projektbedingten Auswirkungen gemindert.

Durch die geplanten Ausgleichsmaßnahmen (Extensivierung von Grünland) sowie Pflanzung von sechs Bergahorn werden alle weiteren möglichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt ausgeglichen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass auf Grund der Eigenart des Vorhabens (Aufstellung von Solarmodulen ohne Fundamente), der überaus geringen Versiegelung (nur wenige Quadratmeter durch einen Transformator) und des gewählten Standortes (entlang der Autobahn) die Umweltauswirkungen durch das Vorhaben durchwegs gering sind. Erhebliche Auswirkungen - vor allem in Zusammenschau mit den Ausgleichsmaßnahmen - sind nicht zu erwarten. Ebenfalls sind keine Auswirkungen auf besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten gegeben.



### 3.2 Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.1 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §4 Abs.1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Beteiligung der Behörden und Träger Öffentlicher Belange und Nachbargemeinden fand vom 30.01.2019 bis 04.03.2019 statt.

Gesamt beteiligte Behörden und Träger öffentlicher Belange:	39
Beteiligte Behörden und Träger öffentl. Belange ohne Stellungnahme:	14
Stellungnahmen ohne Einwendungen:	13
Stellungnahmen mit Anregungen und Bedenken:	12

Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen.

Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens wurden insbesondere folgende Ergänzungen und Änderungen bei der weiteren Planung berücksichtigt:

- Ergänzung der Planzeichnung gemäß den Angaben und auf der Grundlage der fachlichen Informationen zur 20 kV -Sicherheitszone, zu Bauverbots- und Baubeschränkungszone, zur Lage der Baugrenze zur BAB A93 hin (Mindestabstand), zur Pflanzung einer Baumreihe (nördlicher Grenzbereich) sowie zur anschließenden Folgenutzung „Landwirtschaft/ Acker“ nach der PV- Nutzung.
- Ergänzung der Festsetzungen im Planteil zum Bodenschutz/ Schutz des Oberbodens, zum Vorgehen und zur Mitteilungspflicht nach Art.1 BayBodSchG bei Feststellung von schädlichen Bodenveränderungen im Zuge von Aushubarbeiten sowie zur Umsetzung der grünordnerischen Maßnahmen,
- Beauftragung des Fachbüro IFB Eigenschenk mit der Erstellung eines Blindgutachten zur fachlichen Beurteilung von relevanten Blindwirkungen im Einwirkungsbereich der Freiflächen-Photovoltaikanlage, als Anlage zum Planwerk, Übernahme der Gutachten- Ergebnisse in die Planung, durch Einträge in die Festsetzungen im Planteil, sowie in die Begründung zum Bebauungsplan und Umweltbericht,
- Nachrichtliche Übernahme der Beschlusslage zum Landschaftsschutzgebiet, Ergänzung der Planunterlagen, der Begründung auf Grundlage der fachlichen Informationen zur Erlaubnis des Vorhabens nach § 6 der LSG-VO.



### 3.3 Öffentliche Beteiligung gem. §3 Abs.2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §4 Abs.2 BauGB

Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs.2 sowie die erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden nach §4 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 29.03.2019 bis 29.04.2019 statt.

Gesamt beteiligte Behörden und Träger öffentlicher Belange:	40
Beteiligte Behörden und Träger öffentl. Belange ohne Stellungnahme:	18
Stellungnahmen ohne Einwendungen:	12
Stellungnahmen mit Anregungen und Bedenken:	10

Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen.

Im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden folgende Belange im Planwerk berücksichtigt und ergänzt.

- Hinweise auf erforderlich werdende Ausnahmegenehmigungen für weiterführende Planungen bei 3,0 m hohem Blendschutzzaun sowie zum zuständigen Berater für Schafhaltung bei Schafbeweidung und zur ordnungsgemäßen Kompostierung des Mähgutes,
- Die bereits bestehende Festsetzung zum Bezugspunkt „Natürliches Gelände“ wird den Höhenangaben zu Gebäuden und Modulen zusätzlich angefügt,
- Falls Korrekturmaßnahmen bei privaten Grünflächen oder Extensivem Grünland erforderlich werden sollten, sind diese in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde durchzuführen,
- Zum Immissionsort „Wohngebäude Haidmühle“ wurden die textlichen Ausführungen erläuternd ergänzt. Störende Blendungen liegen nach wie vor nicht vor, Festsetzungen sind nicht erforderlich.

Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt.

Der Satzungsbeschluss wurde am 15.05.2019 gefasst.

## 4. Planungsalternativen

Die Prüfung der Auswirkungen auf die Schutzgüter ergab durchwegs geringe Eingriffserheblichkeiten.

Standorte mit geringeren Auswirkungen auf die Schutzgüter und Lage an einer Autobahn stehen dem Vorhabenträger nicht zur Verfügung.

Insofern bestehen keine alternativen Planungsmöglichkeiten.